



Pressemitteilung

vom 14.09.2022

Sächsische Krankenhäuser im bedrohlichen Dauerstress

Die wirtschaftliche und personelle Lage der sächsischen Krankenhäuser spitzt sich extrem zu. Erforderlich sind akute und unbürokratische Unterstützungsmaßnahmen.

Leipzig. Die Krankenhausgesellschaft Sachsen schlägt Alarm und macht auf die bedrohliche Lage der sächsischen Krankenhäuser im Zuge von Pandemie, Klimakrise und Ukrainekrieg aufmerksam.

Am Vortag des sächsischen Krankenhaustages, der am 15.09.2022 in Dresden mit 350 Teilnehmer*innen stattfindet, erklärt Dr. Sven U. Langner, Vorsitzender des Vorstandes der KGS: „Die Situation der Krankenhäuser in Sachsen ist derzeit so angespannt und belastet wie nie zuvor und entwickelt sich weiterhin in bedrohlichem Maße.“

Innerhalb kurzer Zeit haben sich im Zuge der weltwirtschaftlichen Entwicklungen, der Auswirkungen von Klima- und Energiekrise und des Ukrainekrieges inflationäre Kosten- und Preisentwicklungen ergeben, die sämtliche Bereiche der Krankenhausversorgung betreffen. Daher rechnet die KGS mit erheblichen Fehlbeträgen, die nicht annähernd durch die für 2022 vereinbarten und für 2023 erwarteten Budgets gedeckt sind. Dies betrifft insbesondere die aktuellen Preisentwicklungen für Dienstleistungen und Material für den medizinischen Bedarf bis hin zu Lebensmitteln. Mittlerweile steigt damit der Anteil der Sachkosten am Gesamtbudget von 35 % im Jahr 2000 auf nahezu 50 %.

Zur aktuellen Lage in den Kliniken stellten die Gäste der Pressekonferenz am 14.09.2022 Folgendes dar:

„Allein für die Aufrechterhaltung unseres Medizinbetriebs, für die Diagnostik und Therapie benötigen wir jährlich den Energie- und Ressourcenbedarf einer Kleinstadt“, sagt Prof. Dr. med. D. Michael Albrecht, Medizinischer Vorstand des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus an der Technischen Universität Dresden. „Wir rechnen mit einer Kostensteigerung von allein 12 Mio. Euro für dieses Jahr.“

Die Geschäftsführerin der Klinikum St. Georg gGmbH in Leipzig und stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der KGS, Dr. oec. Iris Minde berichtet:

„Zur Aufrechterhaltung der vollen Funktionsfähigkeit unseres Klinikums im Rahmen der Medizinversorgung mit Strom und Gas sind wir mit einer Steigerung der Kosten von 466 % allein für diesen Bereich konfrontiert. Noch nicht berücksichtigt sind dabei zum Teil exorbitante Preisentwicklungen für Medizinprodukte (u. a. Arzneimittel), Lebensmittel und Dienstleistungen.“

„Die gegenwärtige Preisentwicklung im Baugewerbe und Dienstleistungsbereich stellt unsere Wirtschaftspläne zunehmend auf den Kopf und führt zu ungewollten Verzögerungen und Priorisierungen (Notfallregime!).

Deshalb erwarten wir neben einem angemessenen Ausgleich der Betriebskosten auch eine höhere Investitionsquote in die sächsischen Krankenhäuser, insbesondere für deren energetische Ertüchtigung“, so Dr. Roland Bantle, Regionalgeschäftsführer der Sana Kliniken AG.

Zusammen mit den aus den tarifvertraglichen Abschlüssen resultierenden Kostenentwicklungen entsteht damit für 2023 ein Fehlbetrag i. H. v. 300 Mio. Euro sowie der entsprechende Anteil für 2022.

Die besondere Notlage der Krankenhäuser resultiert aus dem gesetzlich fixierten aktuellen Umstand einer Budgetdeckelung in Abhängigkeit von der Einnahmenentwicklung der GKV. Damit können die Krankenhäuser – im Unterschied zu nahezu allen anderen Dienstleistungsbereichen – die tatsächlichen Kostenentwicklungen nicht über entsprechende Preisanpassungen gegenüber den Krankenkassen weitergeben.

In Verbindung mit einer erneut erwarteten Pandemiewelle im Herbst und Winter des Jahres fordert die KGS einen kurzfristigen Inflationsausgleich zur wirtschaftlichen Absicherung der Krankenhäuser in Verantwortung des Bundes. Die KGS unterstützt daher vorbehaltlos und ausdrücklich die aktuelle Kampagne der DKG „Alarmstufe **ROT**: Krankenhäuser in Gefahr“.

„Ohne einen Inflationsausgleich zur Stabilisierung der Krankenhäuser droht ein massiver Personalabbau mit möglichen erheblichen Einschränkungen für die Patientenversorgung. Wir brauchen jetzt kurzfristige finanzielle Hilfe und langfristig vernünftige Struktur- und Finanzierungsreformen. Wenn der Gesundheitsminister jetzt nicht hilft, wird sich der kalte Strukturwandel mit seinen Krankenhaus-Schließungen dramatisch weiter verschärfen. Dann gefährdet er die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung“, sagt der an der Pressekonferenz anwesende Vorstandsvorsitzende der DKG, Dr. Gerald Gaß.

Die KGS mahnt wiederholt eine deutliche Erhöhung des Investitionsvolumens für Krankenhäuser im kommenden Landeshaushalt an. Dies betrifft insbesondere die sogenannte Pauschföderung zur Absicherung eines erforderlichen Substanzerhalts und der Wiederbeschaffung des Anlagevermögens. Bisher wird nur die Hälfte des tatsächlichen Investitionsbedarfs gedeckt, trotz einer gesetzlichen Verpflichtung zur Finanzierung aller Investitionen durch die Länder. Darüber hinaus fordert die KGS ein zusätzliches Investitionspaket für die erforderliche energetische Modernisierung der Krankenhäuser.

Mit Blick auf den am 15.09.2022 in Dresden stattfindenden Krankenhaustag informiert die KGS über die dort zu diskutierenden Herausforderungen für die Weiterentwicklung der Versorgungsstruktur i. V. m. der Krankenhausplanung, Krankenhausfinanzierung und der personellen Absicherung der Krankenhausversorgung in Sachsen.

„Wir appellieren eindringlich an die politischen Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene, alles zu veranlassen, um Schaden von den Krankenhäusern, deren Beschäftigten sowie Patientinnen und Patienten abzuwenden. Dabei ist die Lage ernst und die Zeit drängt“, so Dr. Sven U. Langner, Vorsitzender des Vorstandes der KGS.

Die Krankenhausgesellschaft Sachsen (KGS) repräsentiert als Landesverband im Freistaat Sachsen derzeit 78 Krankenhäuser mit ca. 26.000 Krankenhausbetten. Die KGS gewährleistet eine leistungsfähige, bürgernahe und flächendeckende Versorgung im Freistaat Sachsen. Mit mehr als 58.000 Beschäftigten und einem Umsatzvolumen von ca. 4 Mrd. Euro erfüllen die Krankenhäuser eine bedeutende Arbeitgeberfunktion und leisten darüber hinaus einen entscheidenden gesundheitswirtschaftlichen Beitrag im Freistaat Sachsen. Jährlich werden 1 Million Patientinnen und Patienten stationär behandelt. Zahlreiche nichtstationäre Behandlungsmöglichkeiten ergänzen das Leistungsangebot der Krankenhäuser.

Ansprechpartnerin für die Krankenhausgesellschaft Sachsen:
Melissa Rößler (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)
Krankenhausgesellschaft Sachsen e. V., Humboldtstr. 2a, 04105 Leipzig
+49 341 98410 34 | presse@khg-sachsen.de | www.khg-sachsen.de